



Vorlage VA_06/2021
zur öffentlichen Sitzung des
Verwaltungsausschusses
am 26.07.2021

Anlagen

- 1: Ermächtigungsüberträge
- 2: Feststellung, Aufgliederung
und Verwendung des Jahreser-
gebnisses 2020
- 3: Jahresabschluss 2020

An die
Mitglieder
des Verwaltungsausschusses

**Jahresabschluss 2020
- Vorberatung -**

Beschlussvorschlag:

- 1.) Der Bildung von 8 Ermächtigungsüberträgen in Höhe von insgesamt 8.235.725,97 € gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.
- 2.) Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Kreistag, das Ergebnis des Jahresabschlusses 2020 (Anlage 2) zur Kenntnis zu nehmen.

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungsdatum	Sitzungsart
Verwaltungsausschuss	Vorberatung	26.07.2021	öffentlich
Kreistag	Beschluss	10.12.2021	öffentlich

Sachverhalt und Begründung:

Das Ergebnis des Jahresabschlusses 2020 liegt vor und wird den Gremien zur aktuellen Information bekannt gegeben. Die Broschüre zum Jahresabschluss 2020 ist in Anlage 3 als pdf-Fassung beige-fügt.

Die Jahresabschlussbroschüre enthält:

- Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses 2020
- Rechenschaftsbericht
- Haushaltsrechnung (Gesamtergebnisrechnung, Gesamtfinanzrechnung, Teilhaushalte)

- Ermächtigungsüberträge
- Bilanz
- Vermögensübersicht, Kennzahlen, Schuldenübersicht, Entwicklung der Liquidität

Die Eckdaten zum Jahresabschluss sind auf Seite 6, die wichtigsten Ergebnisse des Abschlusses auf den Seiten 8 ff dargestellt.

Über die in seiner Zuständigkeit liegenden Ermächtigungsüberträge soll der Verwaltungsausschuss in seiner heutigen Sitzung entscheiden. Der Jahresabschluss muss noch vom Fachbereich Prüfung und Revision geprüft und anschließend vom Kreistag festgestellt werden.

Die Jahresrechnung 2020 schließt mit einem Überschuss im Ergebnishaushalt von rund 29,8 Mio. € ab, der der Überschussrücklage zugeführt werden soll. Die Überschussrücklage steigt damit auf 198,6 Mio. €. Der Überschuss ist höher als in 2019 (21,8 Mio. €), obwohl 2020 mit -11,6 Mio. € ein weitaus höheres negatives Ergebnis geplant wurde (2019: -0,2 Mio. €). Die Haushaltsverbesserung 2020 beläuft sich damit auf 41,4 Mio. €. Dieser Überschuss ist insbesondere auf den geringeren Nettoaufwand beim Arbeitslosengeld II (-16,7 Mio. €), den geringeren Aufwand für die Liegenschaften im Asylbereich (-8,7 Mio. €), geringere Leistungen in der Jugendhilfe (-4,8 Mio. €) und den geringeren Personalaufwand (-4,1 Mio. €) zurückzuführen. Dazu kommt die gute Entwicklung bei der Grunderwerbsteuer (+6,8 Mio. €) und bei den Schlüsselzuweisungen (+5,4 Mio. €). Im Leistungsbereich für die Asylbewerber fielen hingegen – ohne eingesparte Personalkosten – rund 4,7 Mio. € höhere Ausgaben an. Das Defizit im Asylbereich sinkt von 21,1 Mio. € (2019) auf 19,4 Mio. € im Jahr 2020. Der Sozialhaushalt verbesserte sich. Geplant war ein Nettoressourcenbedarf von 221,0 Mio. €, das Ergebnis beläuft sich auf 201,3 Mio. € (2019: 207,9 Mio.).

Der Überschuss im Ergebnishaushalt schlägt sich im Finanzhaushalt entsprechend nieder. Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit stieg von geplanten 5,7 Mio. € auf 54,7 Mio. € (+49,0 Mio. €). Im Finanzhaushalt gab es bei den Investitionen ebenfalls eine positive Liquiditätsentwicklung durch einen verzögerten Mittelabfluss bei den Bauinvestitionen in Höhe von 7,1 Mio. € (Verwaltungsgebäude mit Betriebs-KiTa 0,7 Mio. €, Schulen 3,8 Mio. €, Busspur Bottwartal 2 Mio. €). Bei den Kreisstraßen incl. Fahrzeuge lag der Mittelabfluss um 0,2 Mio. € unter dem Plan. Weiter führten geringere Ausgaben für Investitionsfördermaßnahmen von rund 5,3 Mio. €, davon für Kliniken 2,4 Mio. €, Stadtbahn 1,125 Mio. € und Beschleunigtes Bussystem 1,0 Mio. €, zu einer weiteren Liquiditätsverbesserung. Auf der Einnahmeseite fehlen Zuschüssen über insgesamt 1,9 Mio. €, z.B. für die Verkehrsmaßnahmen im Bottwartal (1,5 Mio. €). Der Finanzierungsmittelbestand verbesserte sich auf Ende 2020 um knapp 65,4 Mio. € von geplanten -42,9 Mio. € auf +22,5 Mio. €. Darlehen wurden 2020 wie geplant nicht aufgenommen.

Der Endbestand an Zahlungsmitteln ging von 11,3 Mio. € auf 3,7 Mio. € zurück. Bei diesen Werten muss berücksichtigt werden, dass der Landkreis den Kliniken Kassenkredite gewährt hat. Dadurch konnte die Zahlung von Verwarentgelten im Jahr 2020 noch verhindert werden. Zum Jahresende 2019 beliefen sich die Kassenkredite auf 74 Mio. € und zum Jahresende 2020 auf 94 Mio. €. Der vergleichbare Endbestand an Zahlungsmitteln einschließlich dieser Forderung lag bei 85,3 Mio. € (2019) bzw. bei 97,7 Mio. € (2020). Mit diesem guten Ergebnis müssen 2021 allerdings 20,7 Mio. € an Ermächtigungsüberträgen finanziert werden (Vorjahr 12,1 Mio. €).

Da die Kreditmarktdarlehen des Landkreises um 4,2 Mio. € auf 28,8 Mio. € abgenommen haben, konnte beim Landkreis die Haushaltskonsolidierung weiter fortschreiten. Bei den Klinikendarlehen, für die der Landkreis den Schuldendienst trägt, ist allerdings eine Steigerung von 105,2 Mio. € auf 114,7 Mio. € zu verzeichnen.